

HONG KONG: BRIEFAKTION FÜR LEUNG KWOK-HUNG

DROHENDE LEBENSLANGE HAFTSTRAFE

Leung Kwok-hung wird «Verschwörung zum Umsturz» vorgeworfen, weil er sich an selbstorganisierten «Vorwahlen» der politischen Opposition für die Parlamentswahlen beteiligt hat. Im Falle einer Verurteilung droht ihm eine lebenslange Haftstrafe.

Der Hongkonger Aktivist Leung Kwok-hung (auch bekannt als Long Hair) gehört zu einer Gruppe ehemaliger Abgeordneter und Aktivist*innen, die im Februar 2021 auf Grundlage des Nationalen Sicherheitsgesetzes für Hongkong (NSL) angeklagt wurden. Da es sich um 47 Personen handelt, wurden die Gruppe und der Massenprozess unter dem Kürzel «HK47» bekannt. Leung Kwok-hung wird «Verschwörung zum Umsturz» vorgeworfen, weil er sich an selbstorganisierten «Vorwahlen» der politischen Opposition für die Parlamentswahlen beteiligt hat. Im Falle einer Verurteilung droht ihm eine lebenslange Haftstrafe. In einem anderen Fall wurde Leung Kwok-hung zudem wegen seiner Teilnahme an den Protesten 2019 zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt.

Leung Kwok-hung und alle übrigen «HK47»-Angeklagten müssen unverzüglich und bedingungslos freigelassen werden, da sie nur strafrechtlich verfolgt werden, weil sie ihre Rechte auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit wahrgenommen haben.

Die Hongkonger Behörden planen die Einführung eines neuen «Gesetzes zum Schutz der nationalen Sicherheit» gemäss Artikel 23 des Grundgesetzes, das die Menschenrechte im Namen der nationalen Sicherheit weiter kriminalisieren wird. Mit der Verabschiedung dieses neuen Gesetzes wird im ersten Halbjahr 2024 gerechnet. Die meisten politischen Gegner*innen befinden sich bereits im Gefängnis oder im Exil.

Setzen Sie sich für die Rechte von Leung Kwok-hung ein ! Unsere Aktionsvorschläge:

- **Bitte schreiben Sie einen höflich formulierten Brief** in Chinesisch, Englisch oder auf Deutsch **an den Justizminister von Hongkong** und bitten Sie ihn, dafür zu sorgen, dass die strafrechtliche Verfolgung von Leung Kwok-hung beendet wird und er umgehend und bedingungslos freigelassen wird.

→ **Anrede:** Dear Secretary Lam / Sehr geehrter Herr Justizminister

→ Einen fertigen **Modellbrief auf Deutsch** zu dieser Briefaktion finden Sie **auf der nächsten Seite**.

→ Einen **Briefvorschlag auf Englisch** finden Sie **online**:

<https://www.amnesty.ch/de/laender/asien-pazifik/china/dok/2024/briefaktion-fuer-leung-kwok-hung> Sie können auf www.amnesty.ch im Suchfeld  auch den **Titel** oder **Namen der Person** eingeben.

→ **Porto:** CHF 2.50

→ Bitte vermeiden Sie es, Amnesty International auf dem Umschlag zu erwähnen. Dies erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass die Behörden die Briefe annehmen. Die Behörden in China haben die Annahme von Amnesty-Briefen in der Vergangenheit bereits verweigert.

HÖFLICH FORMULIERTEN BRIEF SENDEN AN

Justizminister von Hong Kong / Hong Kong Attorney General:
Paul Lam Ting-kwok
Department of Justice
G/F, Main Wing, Justice Place
18 Lower Albert Road, Central
Hong Kong

Fax: 00852 – 39 02 86 38

E-Mail: sjo@doj.gov.hk

KOPIE AN

Botschaft der Volksrepublik China
Kalcheggweg 10
3006 Bern

Fax: 031 351 45 73

■ **WEITERE AKTIONSMÖGLICHKEIT: SOCIAL MEDIA**

Informationen dazu

- siehe über den Link (oben)

- oder auf www.amnesty.ch unter  mit Eingabe der Stichworte (Name oder Titel)

Hong Kong Attorney General:
Paul Lam Ting-kwok
Department of Justice
G/F, Main Wing, Justice Place
18 Lower Albert Road, Central
Hong Kong

Betrifft: Leung Kwok-hung

Sehr geehrter Herr Justizminister

Ich möchte Sie auf den Fall des Hongkonger Aktivisten Leung Kwok-hung (auch bekannt als Long Hair) aufmerksam machen. Er gehört zu einer Gruppe ehemaliger Abgeordneter und Aktivist*innen, die im Februar 2021 auf Grundlage des Nationalen Sicherheitsgesetzes für Hongkong (NSL) angeklagt wurden. Da es sich um 47 Personen handelt, wurden die Gruppe und der Massenprozess unter dem Kürzel «HK47» bekannt.

Leung Kwok-hung wird «Verschwörung zum Umsturz» vorgeworfen, weil er sich an selbstorganisierten «Vorwahlen» der politischen Opposition für die Parlamentswahlen beteiligt hat. Im Falle einer Verurteilung droht ihm eine lebenslange Haftstrafe. Long Hair und alle übrigen «HK47»-Angeklagten müssen unverzüglich und bedingungslos freigelassen werden, da sie nur strafrechtlich verfolgt werden, weil sie ihre Rechte auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit wahrgenommen haben.

Deshalb bitte ich Sie, dafür zu sorgen, dass die strafrechtliche Verfolgung von Leung Kwok-hung beendet wird und er umgehend und bedingungslos freigelassen wird.

Hochachtungsvoll,

Kopie:

Botschaft der Volksrepublik China, Kalcheggweg 10, 3006 Bern / Fax: 031 351 45 73

TUNESIEN: BRIEFAKTION FÜR CHAIMA ISSA

VEURTEILT FÜR IHRE ÖFFENTLICHE KRITIK AM TUNESISCHEN PRÄSIDENTEN

Chaima Issa wurde am 13. Dezember 2023 vom Militärgericht Tunis in erster Instanz zu zwölf Monaten Gefängnis verurteilt. Ausserdem ist ihr das Reisen und das «Auftreten in der Öffentlichkeit» untersagt. Sie wurde für schuldig befunden, das Militär zum Ungehorsam «angehalten», Gerüchte verbreitet und das Staatsoberhaupt beleidigt zu haben.

Die Menschenrechtsverteidigerin Chaima Issa war eine der ersten, die Kritik übte, als der tunesische Präsident Kais Saied im Juli 2021 das Parlament auflöste, den Premierminister entliess und unter Berufung auf Notstandsbefugnisse die Kontrolle über das Land übernahm. Seither steht sie wie viele weitere Kritiker*innen wegen konstruierter Terrorismusvorwürfe vor Gericht. Ihr droht eine langjährige Haftstrafe und gemäss Paragraf 72 des tunesischen Strafgesetzbuchs sogar die Todesstrafe wegen «Verschwörung».

Parallel dazu wurde unzulässigerweise ein weiteres Verfahren vor einem Militärgericht in Tunis gegen sie eröffnet. In diesem Verfahren wurde sie am 13. Dezember 2023 für schuldig befunden, Armeeangehörige zur Befehlsverweigerung aufgefordert, Falschnachrichten verbreitet und den Präsidenten beleidigt zu haben. Wegen Aussagen, die sie über die Rolle des Militärs bei den Wahlen im Dezember 2022 gemacht hatte, erhielt sie eine zwölfmonatige Bewährungsstrafe.

Gemäss internationaler Menschenrechtsnormen dürfen Verfahren gegen Zivilpersonen nicht vor Militärgerichten verhandelt werden. Unter Präsident Kais Saied griffen die tunesischen Behörden in den vergangenen Jahren zunehmend auf Militärprozesse zurück, um Kritiker*innen und Gegner*innen zu verfolgen.

Setzen Sie sich für die Rechte von Chaima Issa ein ! Unsere Aktionsvorschläge:

- **Bitte schreiben Sie einen höflich formulierten Brief** in Arabisch, Französisch oder auf Deutsch **an den Präsidenten von Tunesien** und senden Sie diesen an die tunesische Botschaft. Fordern Sie den Präsidenten auf, dafür zu sorgen, dass die Anklagen gegen Chaima Issa fallen gelassen werden und das Urteil im Militärverfahren aufgehoben wird, da sie lediglich friedlich von ihrem Recht auf freie Meinungsäusserung Gebrauch gemacht hat.

→ **Anrede:** Your Excellency / Sehr geehrter Herr Präsident

→ Einen fertigen **Modellbrief auf Deutsch** zu dieser Briefaktion finden Sie **auf der nächsten Seite**.

→ Einen **Briefvorschlag auf Französisch** finden Sie **online**:

<https://www.amnesty.ch/de/laender/naher-osten-nordafrika/tunesien/dok/2024/briefaktion-fuer-chaima-issa>

Sie können auf www.amnesty.ch im Suchfeld 🔍 auch den **Titel** oder **Namen der Person** eingeben.

→ **Porto (Schweiz):** CHF 1.20

HÖFLICH FORMULIERTEN BRIEF SENDEN AN

Staatspräsident Kais Saied
Palais présidentiel de Carthage, 2016 Carthage, Tunis, Tunisie
c/o Botschaft von Tunesien
Kirchenfeldstrasse 63
3005 Bern

↳ Briefe an den Präsidenten bitte ausschliesslich über die tunesische Botschaft senden

E-Mail: Contact@Carthage.tn

Twitter: @TnPresidency

Facebook: <https://www.facebook.com/Presidence.tn/>

KOPIE AN

Botschaft von Tunesien / Ambassade de Tunisie
Kirchenfeldstrasse 63
3005 Bern

Fax: 031 351 04 45

E-Mail: at.berne@diplomatie.gov.tn

Staatspräsident Kais Saied
Palais présidentiel de Carthage,
2016 Carthage, Tunis, Tunisie
c/o Botschaft von Tunesien
Kirchenfeldstrasse 63
3005 Bern

Betrifft: Chaima Issa

Sehr geehrter Herr Präsident

Ich schreibe Ihnen, weil ich meine tiefe Besorgnis über Chaima Issa zum Ausdruck bringen möchte, die am 13. Dezember 2023 vom Militärgericht erster Instanz von Tunis zu zwölf Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Sie wurde für schuldig befunden, das Militär zum Ungehorsam «angehalten», Gerüchte verbreitet und das Staatsoberhaupt beleidigt zu haben.

Die berühmte Schriftstellerin hätte niemals angeklagt werden dürfen, da sie nur ihr Recht auf freie Meinungsäußerung friedlich ausgeübt hat.

Die Menschenrechtsslage in Tunesien hat sich verschlechtert, vielen Gerichten fehlt es an Unabhängigkeit, und das Recht auf freie Meinungsäußerung wird angegriffen.

Ich bitte Sie dafür zu sorgen, dass das Urteil und die Auflagen gegen Chaima Issa aufgehoben werden und dass alle weiteren Anklagen gegen die politische Aktivistin fallen gelassen werden.

Ausserdem bitte ich Sie eindringlich, von weiteren Massnahmen abzusehen, die die Menschenrechte gefährden, und sich für die Einhaltung der völkerrechtlichen Verpflichtungen Tunesiens einzusetzen.

Hochachtungsvoll,

Kopie:

Botschaft von Tunesien / Ambassade de Tunisie / Kirchenfeldstrasse 63 / 3005 Bern
Fax: 031 351 04 45 / E-Mail: at.berne@diplomatie.gov.tn